

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr am Montag, 19.02.2018, 17:00 Uhr, im Rathaus II (Langendamm), Sitzungssaal, Zum Jadebusen 20, 26316 Varel.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Georg Ralle
Ausschussmitglieder:	Klaus Ahlers Rudolf Böcker Carsten Kliegelhöfer (zeitweise anwesend) Sabine Kundy Walter Langer
stellv. Ausschussmitglieder:	Jürgen Bruns
Ratsmitglieder:	Dr. Susanne Engstler Joschi Bektas Cordula Breitenfeldt (zeitweise anwesend) Hergen Eilers Peter Nieraad Hannelore Schneider Alexander Westerman (zeitweise anwesend)
Bürgermeister: von der Verwaltung:	Gerd-Christian Wagner Wilfried Alberts (zeitweise anwesend) Olaf Freitag Dirk Heise Jörg Kreikenbohm Elke Unland

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 15.01.2018
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge an den Rat der Stadt
Kein Tagesordnungspunkt.
- 6 Stellungnahmen für den Bürgermeister
- 6.1 Befestigung eines Teilabschnitts der Straße Flachsweg
Vorlage: 040/2018

- 6.2 Öffentliche Telekommunikationsstellen; hier: Antrag der Telekom Deutschland GmbH auf Abbau
Vorlage: 039/2018
- 6.3 Begehung öffentlicher Gebäude durch die Mitglieder des Bauausschusses; hier: Antrag Zukunft Varel auf Terminierung einer Begehung der Ausschussmitglieder in den Schulen
- 7 Anträge und Anfragen von Ausschussmitgliedern
- 8 Zur Kenntnisnahme
- 8.1 Umstellung auf energiesparende LED Leuchtkörper bei der Straßenbeleuchtung sowie in öffentlichen Einrichtungen (z. B. Schulen, Hallenbäder etc.); hier: Antrag Zukunft Varel
- 8.2 Parkplatznutzung Neumarktplatz
Vorlage: 042/2018
- 8.3 Verkehrssituation in der Von-Tungeln-Straße in Varel
Vorlage: 046/2018
- 8.4 Haltepunkt Dangastermoor
- 8.5 Anregung des stellv. Ausschussmitgliedes Frau Dr. Engstler
- 8.6 Errichtung eines absoluten Halteverbotes Deichstraße und Renkenweg
- 8.7 Benennung von Straßen im Baugebiet Dangast

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Herr Ralle eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Herr Ralle stellt die Tagesordnung fest.

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um den TOP 3.9 (Dachsanierung Hallenbad) im nicht öffentlichen Teil ergänzt.

Die TOP 3.2 bis 3.4 des nicht öffentlichen Teils werden einvernehmlich gestrichen (alles Vergaben bezüglich des Stadtbetriebes).

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 15.01.2018

Der öffentliche Teil des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 15.01.2018 wird einstimmig genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde

In der Einwohnerfragestunde gibt es eine Wortmeldung.
Ein Bürger bittet darum, dass der Neumarktplatz umgewidmet wird, so dass dort auch weiterhin geparkt werden kann.

**5 Anträge an den Rat der Stadt
Kein Tagesordnungspunkt.**

6 Stellungnahmen für den Bürgermeister

**6.1 Befestigung eines Teilabschnitts der Straße Flachsweg
Vorlage: 040/2018**

Ein Anlieger des unbefestigten Teilstückes der Straße Flachsweg beantragt die Straße auf eigene Kosten auszubauen und bittet gleichzeitig um Mitfinanzierung des Vorhabens. Die Kosten für eine bituminöse Befestigung in einer Breite von 4,8 m belaufen sich auf rund 80.000 Euro.

Vergleichsfälle liegen an den Straßen Am Grün, Föhrenweg, Gorch-Fock-Straße, Am Brink, Dreschenweg und Am Tannenkamp vor.

Bei den vorgenannten Straßen handelt es sich grundsätzlich um erschließungsbeitragsfähige Anlagen, bei denen auf einen normgerechten Ausbau verzichtet wurde. In diesem Fall ist die Straße jedoch dem Außenbereich zuzuordnen, so dass hier alleine die Stadt zuständig ist und finanzierungspflichtig wäre.

Die Höhe der Mitfinanzierung sollte sich an den Vergleichsfällen und der Örtlichkeit orientieren.

Insbesondere der vorgenannte Umstand sollte eine besondere Würdigung erfahren, so dass eine Anteilsfinanzierung von 25 % als angemessen angesehen wird.

Mit dem Anwohner ist eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen.

Beschluss:

Die Stadt Varel gestattet dem Anlieger Flachsweg die Befestigung eines Teilabschnitts der Straße. Vorbehaltlich der Zurverfügungstellung von Haushaltsmitteln

wird die Maßnahme mit 20.000 Euro mitfinanziert. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Vereinbarung über den Ausbau und die Kostenbeteiligung durch die Stadt Varel abzuschließen.

Einstimmiger Beschluss

6.2 Öffentliche Telekommunikationsstellen; hier: Antrag der Telekom Deutschland GmbH auf Abbau Vorlage: 039/2018

Mit Schreiben vom 09.01.2018 (vgl. Anlage) bittet die Telekom Deutschland GmbH um den Rückbau der öffentlichen Telekommunikationsstelle Stettiner Straße, Ecke Breslauer Straße 21. Der Standort sei erheblich defizitär und innovationsbedürftig.

Gemäß einer Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Bundes-Netz-Agentur wurde vereinbart, dass in Fällen des Rückbauwunsches die Zustimmung der Kommune eingeholt werden soll.

Weitere zurzeit verbleibende Standorte sind: Schloßstraße, Nebbsallee, Bahnhof und Dangast. Auch der Standort vor der ehemaligen Postfiliale sollte infolge der Abriss- und Neubauaktivitäten entfallen.

Beschluss:

Dem Abbau der folgenden Telekommunikationsstelle wird zugestimmt: Standorte Stettiner Straße, Ecke Breslauer Straße 21 (BBS) und ehemalige Postfiliale.

Einstimmiger Beschluss

6.3 Begehung öffentlicher Gebäude durch die Mitglieder des Bauausschusses; hier: Antrag Zukunft Varel auf Terminierung einer Begehung der Ausschussmitglieder in den Schulen

Zukunft Varel stellt den Antrag, die öffentlichen Gebäude der Stadt Varel zu besichtigen. So können sich alle Mitglieder ein Bild vom Zustand der Bauwerke machen.

Bürger haben auf teilweise desolate Zustände in den Schulen aufmerksam gemacht.

Ratsmitglied Herr Eilers findet eine Begehung sinnvoll und hilfreich, jedoch könne nicht von desolaten Zuständen in den Schulen gesprochen werden. Es wären keine Mängel an ihn herangetragen worden und es ist in den letzten Jahren erheblich in die Schulen investiert worden. Er hält es für bedenklich, von desolaten Zuständen an den Gebäuden der Schulen zu sprechen, ohne sie im Einzelnen zu benennen.

Zudem hält er die Umgehensweise mit diesem Thema für verfehlt. So ein Antrag sollte nicht direkt an die Presse gegeben werden. Dies sei ein Vorwurf an die zuständigen Mitarbeiter, dass sie sich nicht um die Zustände kümmern würden.

Ratsmitglied Frau Kundy erklärt, dass Zukunft Varel von Bürgern angesprochen wurde, dass es in Büppel im Sportaußenbereich sehr stark nach Urin riechen wür-

de und dort desolate Zustände herrschen würden. Dies gelte für die Toiletten, die Duschen und auch für das Vereinshaus. Aus diesem Grund wurde der Antrag auf Terminierung einer Begehung gestellt, damit sich alle Ausschussmitglieder ein Bild machen können.

Herr Bürgermeister Wagner erklärt, er habe sich von der Hausmeisterin aus Büppel Bilder über die Zustände schicken lassen. Die Anlagen als solche sind danach nicht in einem desolaten Zustand. Leider werden die Anlagen aber nach Benutzung in schlechtem Zustand zurück gelassen.

Er erklärt, dass in den letzten Jahren sehr viel Geld in die Bauunterhaltung und Investitionen der Schulen geflossen ist und hier nicht von desolaten Zuständen gesprochen werden kann.

Auch weist er darauf hin, dass es gute Unterstützung seitens der Vereine gäbe, die die Anlagen teilweise selber gestrichen hätten.

Ausschussmitglied Herr Böcker schließt sich Herrn Eilers und Herrn Bürgermeister Wagner an.

Ausschussmitglied Frau Kundy erklärt noch einmal, dass die Beschreibung der Zustände von Bürgern käme und sie deshalb eine Begehung terminieren möchte. Diese Begehung wurde bereits im Jahr 2016 vorgeschlagen und sollte jetzt durchgeführt werden.

Ratsmitglied Herr Westerman bemerkt, dass man gar nicht über die Ortsbegehung diskutieren solle, es soll sich demnächst ein Bild vor Ort gemacht werden.

Ausschussvorsitzender Herr Ralle erklärt, dass nichts gegen eine Begehung spricht. Jedoch solle, wenn Bürger etwas an Ratsmitglieder herantragen, das Gespräch mit dem Bürgermeister oder der Verwaltung gesucht werden. Dies muss nicht direkt an die Presse herangetragen werden.

Auch Ratsmitglied Herr Eilers ist der Meinung, dass das Gespräch mit der Verwaltung gesucht werden soll und nicht direkt an die Presse zu treten ist.

Stellvertretendes Ausschussmitglied Herr Bruns stimmt dem soweit zu. Sollte es schlimme Zustände geben, so seien diese sofort abzustellen. Da könne man nicht auf einen Besichtigungstermin warten. Der Weg führt hier über die Verwaltung.

Ausschussmitglied Frau Kundy erklärt, dass es sich bei der Unterrichtung der Presse um ein normales Procedere handle. Der Antrag wurde ebenso im Rathaus abgegeben.

Ausschussmitglied Herr Kliegelhöfer erklärt, dass der Ruf einer Schule durch so eine Mitteilung in der Presse sofort ruiniert wäre. Um diesen Ruf wieder herzustellen, würde es viele Jahre dauern.

Bürgermeister Herr Wagner ist der gleichen Meinung wie Herr Kliegelhöfer. Er bittet darum, mit den zuständigen Mitarbeitern im Rathaus direkt zu sprechen. Es werde sich sofort gekümmert und die Zustände in den meisten Fällen direkt behoben. Ein guter Ruf könne sehr schnell ruiniert werden, wenn alles direkt den Weg über die Presse nimmt.

Ratsmitglied Frau Schneider gibt Herrn Kliegelhöfer Recht.

Beschluss:

Es wird ein Sonderbesichtigungstermin der Grundschule Büppel, des Sportaußenbereichs Büppel und des Sportplatzes Neuenwege kurzfristig terminiert.

Einstimmiger Beschluss**7 Anträge und Anfragen von Ausschussmitgliedern**

Keine Anträge und Anfragen.

8 Zur Kenntnisnahme**8.1 Umstellung auf energiesparende LED Leuchtkörper bei der Straßenbeleuchtung sowie in öffentlichen Einrichtungen (z. B. Schulen, Hallenbäder etc.); hier: Antrag Zukunft Varel**

Zukunft Varel stellt den Antrag, dass eine Umstellung der Straßenbeleuchtung sowie der öffentlichen Einrichtungen auf LED erfolgen soll, soweit dies noch nicht passiert ist.

Im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums wird hier Hilfe bei der Umstellung auf LED geleistet. Förderprogramme gibt es im Rahmen der Leitmarktinitiative der BMUB. Erhöhte Fördersätze können Kommunen beantragen, die nicht über ausreichende Eigenmittel verfügen.

Von der Verwaltung wird der aktuelle Sachstand zum Thema LED vorgestellt.

Seit vielen Jahren wird der LED-Markt beobachtet. Die Leuchten sind effizienter und günstiger geworden. Diese Entwicklung kann als fortlaufend betrachtet werden.

Die Stadt Varel hat bereits in LED-Technik investiert, sofern eine Amortisation gegeben war. Auch konnten bereits Fördermittel in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus werden bei Neuerstellung von vornherein LED-Leuchten installiert. Die Förderbedingungen setzen allerdings eine hohe Wattzahlreduzierung voraus. Da die Stadt Varel schon jahrzehntelang in Energiesparleuchten investiert hat, ist das Stromeinsparpotential (CO₂-Ausstoß) bei Straßenleuchten meist nicht ausreichend.

Nach jetzigem Stand kann hinsichtlich der Straßenbeleuchtung festgestellt werden, dass eine Amortisation nach ca. 10 Jahren eintritt.

Da aber ca. 3.000 Lichtpunkte in Varel vorhanden sind, sind bei durchschnittlichen Kosten von ca. 400 Euro/Stück 1,2 Mio Euro zu investieren. Dies kann also je nach Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln nur nach und nach erfolgen. In den nächsten zwei Haushaltsjahren sind vorrangig Mittel für LED-Umrüstung in Schulen vorgesehen.

Nach diesen Ausführungen nimmt Ausschussmitglied Frau Kundy den Antrag für Zukunft Varel zurück.

8.2 Parkplatznutzung Neumarktplatz Vorlage: 042/2018

Auf die Sitzung dieses Ausschusses am 09.01.2017 (TOP: 7.1., Vorlage: 392/2016), in der diese Angelegenheit beraten wurde, wird verwiesen. Der Tagesordnungspunkt wurde in die Fraktionen zu Beratung gegeben. Weiterhin wurde die Verwaltung beauftragt, einen Kompromissvorschlag unter Berücksichtigung aller Interessenslagen für den Neumarktplatz zu erarbeiten. Es wurden verschiedene Varianten für eine zukünftige Nutzung des Neumarktplatzes erstellt und den Anliegern und Betroffenen in mehreren gemeinsamen Gesprächen vorgestellt und diskutiert. Die Varianten sowie die Gesprächsergebnisse mit den Anliegern und Betroffenen werden in der Sitzung im Rahmen einer Präsentation dargestellt.

Ein Kompromissvorschlag unter Berücksichtigung aller Interessenslagen der Beteiligten konnte nicht gefunden werden. Dieses spiegelt auch die unterschiedlichen Reaktionen der Vareler Bevölkerung auf die Berichterstattung über die Sitzung am 09.01.2017, in der diese Angelegenheit behandelt wurde, wieder.

Die Verwaltung schlägt vor, die 1993 durch den Rat der Stadt Varel beschlossene Widmung aufrecht zu erhalten und den Urzustand wieder herzustellen.

In den Diskussionen des Ausschusses stellte sich dar, dass auch hier keine einstimmige Meinung besteht.

8.3 Verkehrssituation in der Von-Tungeln-Straße in Varel Vorlage: 046/2018

Aufgrund damaliger Anwohnerbeschwerden über zu hohe Fahrgeschwindigkeiten wurden 2015 in der Von-Tungeln-Straße versuchsweise provisorische Einengungen in Form von Kanalringen installiert.

Über einen längeren Zeitraum sollte beobachtet werden, ob damit eine Verringerung der Fahrgeschwindigkeit erzielt werden kann.

Zusammenfassend ist nach Meinung von Anwohnern festzustellen, dass aufgrund fehlender Gegenverkehrssituationen keine spürbaren Geschwindigkeitsreduzierungen eingetreten sein sollen. Darüber hinaus sollen Fahrradfahrer eher die Einengungen meiden und regelwidrig den Gehweg benutzen. Die Einengung wird daher wieder aufgehoben.

Wirksame Abhilfe könnte durch die Installation von Telleraufpflasterungen in Form von sogenannten „Berliner Kissen“ geschaffen werden. Diese Maßnahme greift stark in den Verkehr ein und zwingt zumindest an diesen Stellen – auch für Einsatzfahrzeuge – zu einer langsamen Fahrweise.

Nachteilig sind eine wahrnehmbare Geräuscentwicklung und mögliche Vergleichsfälle ähnlich betroffener Anlieger an anderen Straßen.

8.4 Haltepunkt Dangastermoor

Die Gruppe G6 stellt den Antrag den Haltepunkt Dangastermoor zu reaktivieren und die Möglichkeit eines regelmäßigen Buspendelverkehrs nach Dangast zu prüfen, um die einzige Zufahrtstraße für motorisierten Verkehr zu entlasten.

Dieses Thema soll ohne umfangreiche Vorbereitung durch die Verwaltung als Beschlusspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufgenommen werden.

8.5 Anregung des stellv. Ausschussmitgliedes Frau Dr. Engstler

Anregung des stellv. Ausschussmitgliedes Frau Dr. Engstler in der Sitzung a 15.01.2018:

- Ein- und Ausfahrt auf das Geländes des City-Parkplatzes als Einbahnstraßenführung vorgeben:

Während der Bauplanung wurde der Post zugesichert, dass die Bogenzufahrt in beide Richtungen befahren werden darf. Eine Einbahnstraßenregelung würde dieser Zusicherung widersprechen.

- Aufstellen eines mit dem PKW anfahrbaren Postkasten:

Die Anregung wurde der Deutschen Post AG schriftlich übermittelt.

8.6 Errichtung eines absoluten Halteverbotes Deichstraße und Renkenweg

Es ist ein Antrag des Herrn Tom Breitenfeldt auf Einrichtung eines Halteverbotes für die Bereiche Deichstraße und Renkenweg in Dangast eingegangen.

Der Antrag wird diesem Protokoll beigefügt.

Aufgrund des Antrages wird bereits die Deichstraße ab Edo-Wiemken-Straße für den Verkehr gesperrt (Anlieger frei). Bislang erfolgte die Sperrung nur für den Renkenweg.

Für den Renkenweg wird ein beidseitiges Halteverbot angeordnet.

8.7 Benennung von Straßen im Baugebiet Dangast

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits in der Sitzung dieses Ausschusses am 04.12.2017 zur Kenntnis gegeben mit der Bitte zur Beratung in den Fraktionen. Die Verwaltung beabsichtigt für die nächste Sitzung eine Beschlussvorlage zu erstellen.

Zur Beglaubigung:

gez. Georg Ralle
(Vorsitzende/r)

gez. Elke Unland
(Protokollführer/in)